

Sehr geehrte Referentinnen und Referenten,

ich bitte um die Beantwortung folgender Anfrage zur Presseaussendung „Solidarität mit der Letzten Generation!“, veröffentlicht in der APA-OTS am 27. Februar 2024:



Solidarität mit der Letzten Generation!

Wien (OTS)- Die Repression gegen die Letzte Generation hat ein neues Ausmaß erreicht, gegen das wir uns als Aktivist*innen verschiedener sozialer Bewegungen entschieden aussprechen. Der staatliche Angriff auf jene, die mit Mitteln des zivilen Ungehorsams auf die Klimakatastrophe und damit die Zerstörung von Lebensgrundlagen aufmerksam machen, ist unverschämte. Wir sprechen daher den Aktivist*innen der Letzten Generation unsere Solidarität aus.

Ermittelt wird gegen die Letzte Generation wegen der vermeintlichen Bildung einer kriminellen Vereinigung (Paragraf 278 StGB). Dieser Paragraf 278 StGB ist geschaffen für die Bekämpfung organisierter Kriminalität und wird hier gegen eine zivilgesellschaftliche Bewegung verwendet. Die Vorwürfe der Bildung einer kriminellen Vereinigung oder Organisation werden seitens der staatlichen Behörden gerne als Drohgebärde und zur Ermöglichung möglichst weitgehender Ermittlungen eingesetzt. Übrigens auch dann, wenn sie sich als haltlos herausstellen, siehe beispielsweise im Antifa2020- oder Tierschützer*innenprozess.

Die österreichische Regierung und Teile der Gesellschaft halten am fossilen Status Quo fest. Auf der COP sowie bei der alljährlichen europäischen Gaskonferenz in Wien können sich die einflussreichsten Öl- und Gas-Konzerne und deren Lobbyist*innen treffen, um fossile Energieträger für das restliche Jahrhundert festzuschreiben. Das verunmöglicht das Leben auf dem Planeten schon im HIER und JETZT.

Vor allem Menschen, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, müssen die größten Konsequenzen erleiden- hier in Österreich, aber vor allem im Globalen Süden. Diese Klimapolitik zwingt Menschen zur Flucht, ihre Felder bringen keine Erträge mehr, sie sterben an Hitzetoden, sie sind Opfer von Naturkatastrophen. Österreich hat einen erheblichen Anteil an dieser Zerstörung und weigert sich nach wie vor, Verantwortung zu übernehmen.

Alle, die versuchen den menschenfeindlichen und klimazerstörenden Status Quo unseres Wirtschaftssystems in Frage zu stellen; alle, die sich gegen eine weitere Zerstörung dieses Handelns aussprechen; alle, die gegen diese unhaltbare Ungerechtigkeit aufstehen, werden als soziale Bewegungen trotz der staatlichen Unterdrückungsversuche weitermachen!

Wir wissen: Die Repression des Staates richtet sich gegen alle, die ihr politisches Handeln nicht nach Recht und Gesetz richten, sondern danach, ob es richtig oder falsch ist.

Die Repression, Einschüchterung und Delegitimierung legitimen Protests verurteilen wir auf das Schärfste: denn wir sind ALLE Paragraf 278! #wirsindalle278 #kriminellevereinigung

Zinobrot, Plattform Radikale Linke, RiseUp, System Change not Climate Change Wien, Jugendrat, Erde Brennt, XR AT, System Change not Climate Change Graz, Seebücke Graz, Schwarze Raupe Graz, Infoladen Graz, Antifa Koroska/Kärnten, Red Blossom, XR Kärnten, Österreichische Hochschüler_innschaft Wien, VSSÖ, Kommunistische Jugend (KJÖ), Kommunistische Gewerkschaftsinitiative (Komintern), LINKS

Rückfragen & Kontakt:

ÖH Uni Wien- Referat für Öffentlichkeitsarbeit
+43 (0) 676 90 25 332
presse@oeh.univie.ac.at
<http://www.oeh.univie.ac.at/>

OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS | ÖHW0001

Herzlichen Dank!

1. Welcher Beschluss der Universitätsvertretung liegt den im Antrag geäußerten Standpunkten zugrunde?
 - a.) In welchem Beschluss der Universitätsvertretung wird festgehalten, dass die ÖH Uni Wien den Aktivist:innen der Letzten Generation ihre Solidarität ausspricht?
 - b.) In welchem Beschluss der Universitätsvertretung wird festgehalten, dass die ÖH Uni Wien folgenden in der Presseaussendung geäußerten Standpunkt unterstützt: „Die Repression des Staates richtet sich gegen alle, die ihr politisches Handeln nicht nach Recht und Gesetz richten, sondern danach, ob es richtig oder falsch ist.“?
2. Von welchen Personen wurde die Presseaussendung verfasst? Handelte es sich dabei um Mitarbeiter:innen der ÖH Uni Wien?
 - a.) Wenn nein, ist es eine standardmäßige Vorgangsweise der ÖH Uni Wien, Presseaussendungen von externen Personen verfassen zu lassen und warum wurde in diesem Fall diese Vorgangsweise gewählt?
3. Wie wurde der Kontakt zu denen in der Presseaussendung angeführten Organisationen hergestellt?

Zinoberrot, Plattform Radikale Linke, RiseUp, System Change not Climate Change Wien, Jugendrat, Erde Brennt, XR AT, System Change not Climate Change Graz, Seebrücke Graz, Schwarze Raupe Graz, Infoladen Graz, Antifa Koroška/Kärnten, Red Blossom, XR Kärnten, Österreichische Hochschüler_innschaft Wien, VSStÖ, Kommunistische Jugend (KJÖ), Kommunistische Gewerkschaftsinitiative (KomIntern), LINKS

- a.) Wurden diese Organisationen von der ÖH Uni Wien kontaktiert?
 - b.) Warum findet sich bei den unterstützenden Organisationen der VSSTÖ, aber keine andere ÖH-Fraktion wie etwa JUNOS Studierende?
 - c.) Inwiefern ist die Nennung einer wahlwerbenden Gruppierung (VSSTÖ) in der Presseaussendung als unterstützende Organisation mit dem Verbot von Werbung für einzelne Fraktionen (Gebarungsrichtlinien 2.5.2: „Werbung für wahlwerbende Gruppen (insbesondere in ÖH-Wahlkampf-Zeiten) ist nicht Aufgabe der ÖH. Folglich kann Fraktionswerbung nicht aus Mitteln der ÖH erfolgen.“) vereinbar?
 - d.) Sofern aus Sicht der Anfragebeantworter:innen eine Vereinbarkeit der Presseaussendung mit den Gebarungsrichtlinien besteht, wie können andere Fraktionen der ÖH eine Presseaussendung über das OTS-Portal der ÖH Uni Wien bekommen?
 - e.) Wir bitten um die Zusendungen sämtlichen Schriftverkehrs rund um das Zustandekommen dieser Presseaussendung.
4. Welches Budget steht der ÖH Uni Wien im Wirtschaftsjahr 2023/24 für Presseaussendungen in der APA-OTS zur Verfügung?
- a.) Welche Kosten sind für die Presseaussendung „Solidarität mit der Letzten Generation“ angefallen?
 - b.) Wir bitten um die Zusendung des mit der APA-OTS abgeschlossenen Vertrages und aller von der APA-OTS im Wirtschaftsjahr 2023/24 gestellten Rechnungen.
 - c.) Wir bitten um die Zusendung aller von Organen der ÖH Uni Wien seit der letzten ÖH-Wahl 2023 ausgesandten Presseaussendungen.
 - d.) Wir bitten um eine Auflistung über alle APA-OTS Accounts, auf denen Organe der ÖH Uni Wien Zugriff haben bzw. von ihnen betreut werden.
5. Welche Auskünfte und Unterstützungen wurden rund um diese Auskunftsverlangen eingeholt?

Antwort Referat für Öffentlichkeitsarbeit

1. Da die akute Situation, zu der die Presseaussendung verfasst wurde, außerhalb des Semesters lag und somit keine UV-Sitzung stattgefunden hat, wurde explizit zu dieser Presseaussendung kein UV-Beschluss gefasst. Jedoch gibt es zahlreiche Beschlüsse der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien, die sich auf die Solidarisierung mit der Klimabewegung fokussieren.

Darüber hinaus findet man in dem Koalitionsvertrag der laufenden Exekutive unter dem Punkt Präambel folgendes:

„**Solidarität** bedeutet für die ÖH Uni Wien, sich politisch dort zu positionieren, wo gesellschaftliche Benachteiligung stattfindet. Daher ist es von großer Bedeutung, solidarisch zu handeln, sich zu vernetzen und Positionen und Menschen zu unterstützen, die sich für tatsächliche Gleichberechtigung einsetzen und gegen Ellenbogenmentalität und den zunehmenden Leistungsdruck in unserer kapitalistischen Gesellschaft kämpfen“, sowie „die ÖH Uni Wien setzt sich für eine **ökologisch-nachhaltige Politik** ein, die über bloße Konsumkritik hinausgeht und vor allem die Produktionsverhältnisse in den Fokus nimmt. Dabei ist es der ÖH Uni Wien wichtig zu betonen, dass eine Politik, die Umweltaspekte vernachlässigt, gesellschaftlich Benachteiligte besonders hart trifft. Aus diesem Grund engagiert sich die ÖH Uni Wien für eine lebenswerte Umwelt für alle und legt den Schwerpunkt auf die soziale Komponente ökologischer Politik. Es wird betont, dass der Versuch, den Kapitalismus nachhaltiger zu gestalten, allein nicht ausreicht, um die ökologische und soziale Krise zu bewältigen“

Somit sehen wir die Solidarisierung mit der „Letzten Generation“ auch als das Einhalten des Koalitionsvertrags.

2. Die Presseaussendung wurde von Aktivist:innen verfasst. Es handelt sich dabei nicht um Mitarbeiter:innen der ÖH Uni Wien.
 - a. Die ÖH Uni Wien veröffentlichte diese Presseaussendung, da sie eine Unterzeichnerin des Statements ist.
3. Die Verfasser:innen des Statements kontaktierten die ÖH Uni Wien.
 - a. Nein.
 - b. Weil der VSStÖ das Statement ebenfalls unterzeichnet hat.
 - c. Es handelt sich bei der Presseaussendung um keine Werbung für eine wahlwerbende Gruppe oder eine von ihr ausgerichtete Veranstaltung.
 - d. Es handelt sich bei der Presseaussendung nicht um die Aussendung einer einzelnen ÖH-Fraktion.
 - e.
4. Für die Anfrage 4a-b bitte das Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten kontaktieren.
 - c. Alle Presseaussendungen der ÖH Uni Wien sind jederzeit über die Seite „ots.at“ mit der Eingabe des Kürzels „OHW“ einsehbar.
 - d. Es gibt nur einen APA-OTS-Account, auf den die ÖH Uni Wien Zugriff hat.
5. Keine.